

Das Vietnam-Memorandum des Bensberger Kreises

Während das Bensberger Polen-Memorandum vom März 1968 in der deutschen wie in der polnischen Öffentlichkeit ein lebhaftes Echo fand (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 172, 259 und 261), sind nennenswerte Reaktionen auf das am 28. April erschienene umfangreiche Dokument „Die Christen und der Krieg in Vietnam“ (Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz) ausgeblieben. Obwohl der Text schon einige Wochen vor diesem Datum bekannt geworden war, haben von den überregionalen Publikationsorganen bislang nur KNA (15. 4. 69) und „Publik“ (25. 4. 69) auf das in über zweijähriger Vorbereitungsarbeit erstellte Memorandum Bezug genommen, und zwar vorwiegend referierend. Die „Deutsche Tagespost“ glaubte das „Vietnampamphlet“ als Agitation für den Vietcong und als geeignete Wahlpropaganda für die DKP seitens „militanter Linkskatholiken“ interpretieren zu müssen, während die „Frankfurter Rundschau“ (25. 4. 69) die Anklage der „puren Großmachtinteressen der USA“ begrüßte und umfangreiche Auszüge abdruckte. Insgesamt sind offenbar die ehemaligen deutschen Ostgebiete immer noch erregenderes Anliegen als der Krieg in Vietnam. Die Bensberger Autoren beschränken sich auf Grundsatzfragen einerseits, für deren Darstellung wohl J. B. Metz selbst, zumindest aber seine Theologie der Welt, als Hauptinspirator gelten darf, und auf den Versuch einer Analyse des Vietnamkonfliktes andererseits, wobei eine große Zahl von Fakten vermittelt wird, die gewiß nicht allgemein vorausgesetzt werden dürfen. Man mag darüber enttäuscht sein, daß die (gegenwärtig 163) Mitglieder des Bensberger Kreises, die unabhängig und in eigener Verantwortung als deutsche Katholiken Stellungnahmen zu aktuellen Problemen unterbreiten, in diesem Falle auch keine konkreten Vorschläge anzubieten haben, sondern eingestehen müssen, daß „noch keine politische Lösung des Konflikts in Sicht“ sei. Das spricht aber nicht gegen das Dokument und seine Verfasser, sondern läßt nur erneut das Dilemma des Vietnamkriegs erkennen, für das weder die Beteiligten noch die Unbeteiligten einen Ausweg wissen. Als das, was das Memorandum

ist: ein ernsthafter informativer *Diskussionsbeitrag*, der festgefahrene, im vermeintlichen Interesse der USA (und der katholischen Kirche Vietnams) vertretene Positionen in Frage stellt, hätte das Dokument größere Beachtung verdient.

Für nachkoloniale Phase paradigmatisch

Für viele Beobachter der politischen Szene sei Vietnam zum „Symbol für den Kampf gegen die Diskriminierung sozialer Klassen und gegen die Versklavung ganzer Völker“ geworden, heißt es einleitend, ja die Haltung in der Vietnamfrage sei ein „Prüfstein für Vernunft und Glaubwürdigkeit des politischen Handelns“. Information allein genüge nicht, diese solle vielmehr in eine „schonungslose kritische Analyse einmünden“. Es stehe nämlich zu befürchten, daß sich der Vietnamkonflikt „in Zukunft jederzeit wiederholen“ könne, und weil er „paradigmatisch“ für mögliche Konfliktsfälle in der „nachkolonialen Phase“ sei, müßte man aus ihm die notwendigen Lehren ziehen.

In Vietnam werde die Forderung Christi konkret, gegen jede Form der Unterdrückung anzugehen und sich mit allen Unterdrückten solidarisch zu erklären. Die Kirche als Institution dürfe sich aber nicht politisch engagieren, ihre Aufgabe bestehe vielmehr darin, „das Evangelium zu verkünden und aus ihm Leitlinien herauszulösen, die dem Einzelmenschen in den Existenzfragen der Menschheit eine Orientierungshilfe geben“. Auf den Vietnamkonflikt angewandt, müsse die Kirche zwar zum Frieden aufrufen, sie könne sich aber nicht auf bestimmte politische Maßnahmen festlegen, noch die Gläubigen darauf verpflichten. Ihre Appelle würden dann ein wirksameres Echo finden, wenn sich in den einzelnen Ländern Gruppen von Christen bereitfänden, die Ursachen des Konflikts zu untersuchen und konkrete Chancen zur Überwindung aufzuweisen.

Der Krieg dürfe „in keinem Fall mehr ein politisch legitimes Instrument sein, um Konflikte auszutragen“. In den konkreten Verhältnissen könnten Zwang und Gewalt zwar noch eine „relative Ordnungs-

funktion“ haben. Denn es beständen und entstünden immer noch „Strukturen gewalttätiger Unterdrückung“, die möglicherweise „nur durch die befristete Anwendung von Gewalt geändert“ werden könnten. Die „eschatologische Zielsetzung der Gewaltlosigkeit“ bleibe dennoch bestehen. „Der Christ muß bestrebt sein“, heißt es als recht allgemeine und blasse Folgerung, „für die Gesellschaft Lebensbedingungen zu schaffen, welche schließlich auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen mit einem immer geringeren Maß an Gewaltanwendung auskommen.“

Versuch einer Konfliktanalyse

Das *Kernstück* des Memorandums bildet die Analyse des Konflikts, dessen Ursachen bis in die französische Kolonialherrschaft zurückverfolgt werden. Das dargebotene Material kann dabei als nützlicher Informationsbeitrag gelten, wenn auch Vietnamkenner nicht in allen Detailfragen zum selben Ergebnis kommen dürften. Wünschenswert wäre auch ein Hinweis auf die Quellen für die zahlreichen statistischen Angaben, denn gegenüber Zahlen aus der Dritten Welt ist große Skepsis angebracht. Die Bensberger sind in ihrer Darstellung bemüht, vornehmlich die negative Rolle des Katholizismus herauszuarbeiten, der sich mit dem antikommunistischen Diem-Regime und der US-amerikanischen Politik weitgehend identifizierte. Die USA hätten in Vietnam von Anfang an „ein besonders ungünstiges Terrain für die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus“ betreten, denn die Vietnamesen hätten bisher als einziges Volk die Freiheit von der Kolonialherrschaft unter kommunistischer Führung erkämpft. Das Prestige der KP und Ho Tschiminh sei durch keine andere politische Kraft mehr streitig zu machen gewesen. Die USA hätten sich in Vietnam nicht „an den Ursachen des Konflikts“, sondern nur an den „Symptomen der militärischen Auseinandersetzung orientiert“. In letzter Instanz hätten sie nicht die Hilfe für das vietnamesische Volk im Auge gehabt, sondern — das ist die schärfste Anklage des Dokuments — „es ging vielmehr um die Verfolgung imperialistischer Großmachtinteressen“.

In Vietnam, wie in allen Ländern der Dritten Welt, in denen die kommunistische Partei die überlegene politische Kraft darstelle, überlagerten sich Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt. Da als Methode der Konfliktaustragung Gewalt und Krieg immer mehr in den Vordergrund rückten, müßten Alternativen gefunden werden. Eine gerechtere Güterverteilung sei dabei besonders bedeutungsvoll. Die Bensberger wenden sich auch gegen die Befürchtung, daß sich der kommunistische Block in der Dritten Welt ausbreiten könnte. Es sei vielmehr zu erwarten, daß jene Länder, die unter einer allgemein akzeptierten kommunistischen Führung stünden, einen „stärker national betonten, möglicherweise sogar blockfreien außenpolitischen Kurs“ steuern würden. Wenn Vietnam der stärksten Weltmacht Widerstand leiste, so gewiß nicht deshalb, „um sich ausschließlich in die Abhängigkeit einer anderen Großmacht zu begeben“.

Die militärischen Aktionen der Amerikaner in Nordvietnam hätten eine „Solidarisierung aller Bevölkerungsgruppen“ bewirkt, und selbst die verbliebenen Katholiken seien zunehmend für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Für die Christen im Süden stehe die eigentliche Bewährungsprobe erst noch bevor. Ob sie fähig seien, „in einer noch unsicheren Zukunft statt wie früher die Rolle der Herrschenden diejenige einer möglicherweise diskriminierten, vielleicht sogar verfolgten Minorität zu übernehmen“, lasse sich noch nicht endgültig beurteilen, viele Anzeichen sprächen jedoch dagegen. Insgesamt müsse man jedoch betonen, daß die Kirche Vietnams, eine Missionskirche in europäischer Abhängigkeit, „in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren ihren geschichtlichen Auftrag nicht erkannt“ habe. Auch in den USA, in Frankreich und in der Bundesrepublik hätte sich die überwiegende Mehrheit der Katholiken mit den amerikanischen Interessen und der bedenklichen politischen Haltung des südvietnamesischen Katholizismus identifiziert.

Die Vielschichtigkeit des Vietnamkrieges (soziale Konflikte aufgrund feudaler Strukturen, politische und ideologische Konflikte, Spaltung des Volkes und Teilung des Landes, Einordnung in den Ost-West-Konflikt, Kampf zwischen dem autoritären Regime in Südvietnam und der

FLN, indirekte Konfrontation der Großmächte zum Schaden der Vietnamesen, Versuch der USA, einen Stützpunkt gegen China zu behaupten, etc.) lasse es zwar verständlich erscheinen, wenn man sich vielfach „einer gewissen Ratlosigkeit überläßt oder sich eines Urteils enthält“. Dieser Ausweg sei aber für alle gefährlich.

Vage Folgerungen

Weder die Blickverengung auf die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sei zulässig, noch genüge bloße Parteinahme für oder gegen die USA. Die öffentliche Meinung müsse gegen die Gewaltanwendung mobilisiert werden, weil ohne ihre Unterstützung Kriege nicht mehr möglich seien. Es bedürfe konkreter Konfliktanalysen und beständiger Beobachtung möglicher Konfliktherde. Auf die Dauer seien Investitionen in die Friedensforschung ebenso wichtig wie die Entwicklungshilfe. Von den Christen müsse gefordert werden, sich „auf die Seite der Schwächeren“ zu stellen. „Diese Solidarität mit den Armen und Abhängigen muß zu entschiedener, auch und vor allem politischer Parteinahme führen.“ Eine solche Solidarität und Parteinahme ziehe nicht nur die „selbstverständliche Anerkennung der Lebens- und Entfaltungsrechte der benachteiligten Menschengruppen“ nach sich, sie könne auch „die Anerkennung oder mindestens die Hinnahme der jeweils besonderen Weise fordern, wie diese Gruppen ihre Rechte geltend machen, erkämpfen und sichern wollen“. Dabei sei „eine kommunistische Führung der Befreiungsbewegung ebensowenig von vornherein auszuschließen wie eine kommunistische Führung des unabhängig gewordenen Landes“.

In der politischen Realität stehe der Leichtfertigkeit der Industrienatio-

nen, mit der sie durch Waffenlieferungen in Spannungsgebiete eine indirekte Intervention durchführen, eine oft allzu große Bereitschaft für gewaltsame Aktionen seitens der revolutionären Bewegungen gegenüber, wobei die Ergebnisse der letzteren „meist nicht ermutigend“ seien. Das Memorandum folgert nicht gerade vielsagend: „Die gewaltfreie revolutionäre Veränderung erweist sich noch immer als zester Weg, *solange* er gangbar und zumutbar ist.“ Unter den Christen im Westen rangiere „der Drang nach christlicher Selbstbehauptung gegenüber dem Kommunismus“ noch immer vor der „Solidarität mit einem kleinen, in den großen Konflikt der Weltmächte geratenen Volk“. Die meisten von ihnen hätten „den historischen Stellenwert der vietnamesischen Befreiungsbewegung“ nicht erkannt, sondern, auf die Unterstützung antikommunistischer Kräfte fixiert, sich „praktisch, wenn auch vielfach unbewußt, mit den privilegierten Minderheiten Südvietnams und den Großmachtinteressen der Vereinigten Staaten gegen die Masse des vietnamesischen Volkes verbündet“. Das bedeute nicht, sie hätten sich bedingungslos auf die Seite Nordvietnams und der FLN stellen müssen, es gelte aber zu erkennen, daß sie nicht kritisch genug gegenüber den „Interessen und Ideologien des eigenen Lagers“ gewesen seien. Die Lehre für die Christen aus dem Vietnamkrieg bestehe darin, daß sie „zur Übernahme dieser kritischen Funktion bereit“ sein müßten. Damit käme noch keine politische Lösung in Sicht, aber jede solche Lösung werde „um so humaner und für alle Seiten zumutbarer sein, je mehr sie die wahren Bedürfnisse und Interessen der unmittelbar betroffenen Menschen berücksichtigt und zum Ausgleich bringt, statt den Kollektivinteressen fremder Staaten und Mächte zu dienen“.

Die erste Session der Wiener Synode beendet

Noch rüstet das Generalsekretariat der Wiener Diözesansynode zu einer Materialschlacht mittlerer Ordnung, um die Stimmen der Synodalen zu den endgültig formulierten Texten schriftlich einzuholen, *de iure* war aber die erste Session der Synodalversammlung mit dem Schlußwort

des Präsidenten am Abend des 3. Mai 1969 beendet. Zweieinhalb Tage lang ist die Konzils-Gedächtniskirche in Lainz wieder Schauplatz dieser weit über die Grenzen der Diözese hinaus als Modell aufmerksam und kritisch beobachteten „Gehschule innerkirchlicher Demokratie“